

## Neudruck

## Änderungsantrag

der CDU-Fraktion

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Ministergesetzes (Drucksache 6/1243)**

### **Der Landtag möge beschließen:**

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

Dem § 7 Absatz 2 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Die Leistungen nach dieser Vorschrift dürfen nur für Tätigkeiten und Aufgaben gewährt und verwendet werden, die während des früheren Amtsverhältnisses der ehemaligen Ministerpräsidentin oder des ehemaligen Ministerpräsidenten begonnen wurden. Eine Verwendung oder Gewährung der Leistungen für Zwecke der Parteien, der Fraktionen oder einer wirtschaftlichen Tätigkeit der ehemaligen Ministerpräsidentin oder des ehemaligen Ministerpräsidenten ist unzulässig. Die Leistungen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den nachwirkenden Tätigkeiten und Aufgaben stehen. Bei einem vorsätzlichen oder grob fahrlässigen nicht nur unerheblichen Verstoß gegen diese Vorschrift hat die ehemalige Ministerpräsidentin oder der ehemalige Ministerpräsident die Kosten für die bisher erbrachten Leistungen zu erstatten.“

### **Begründung:**

Der neue § 7 Absatz 2 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Ministergesetzes regelt Unterstützungsmaßnahmen für aus dem Amt der ehemaligen Ministerpräsidentin oder des ehemaligen Ministerpräsidenten nachwirkende Aufgaben und Tätigkeiten. Die Vorschrift wird durch eine Zweckbindungsregel ergänzt, die einen klaren Rahmen für die Nutzung der zur Verfügung gestellten Einrichtung, für die Verwendung des Personals und für die Gewährung des Ersatzes von Aufwendungen setzt.

Die ehemalige Ministerpräsidentin oder der ehemalige Ministerpräsident sollen dabei unterstützt werden, ihre nachwirkenden Aufgaben und Tätigkeiten aus dem Amtsverhältnis abzuschließen. Für Tätigkeiten und Aufgaben zum Zwecke der Parteien oder der Fraktionen sowie für wirtschaftliche Tätigkeiten der ehemaligen Ministerpräsidentin oder des ehemaligen Ministerpräsidenten dürfen die Einrichtung und das Personal nicht verwendet und kein Ersatz für Aufwendungen gewährt werden. Die Leistungen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den noch abzuschließenden Tätigkei-

ten und Aufgaben der ehemaligen Ministerpräsidentin oder des ehemaligen Ministerpräsidenten stehen. In der Regel soll der ehemaligen Ministerpräsidentin oder dem ehemaligen Ministerpräsidenten ein Büro und ein Mitarbeiter mit Büro zur Verfügung gestellt und die notwendigen Aufwendungen für die nachwirkenden Aufgaben und Tätigkeiten aus dem Amtsverhältnis ersetzt werden. Notwendige Aufwendungen sind solche Aufwendungen, die bei vernünftiger Betrachtungsweise nach den Umständen objektiv erforderlich sind. Bei einem vorsätzlichen oder grob fahrlässigen nicht nur unerheblichen Verstoß gegen diese Vorschrift trifft die ehemalige Ministerpräsidentin oder den ehemaligen Ministerpräsident eine Kostenerstattungspflicht für die bisher erbrachten Leistungen.

Ingo Senftleben  
für die CDU-Fraktion

Axel Vogel  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN